

„Man braucht einen Neustart“

BZ-INTERVIEW mit dem Ökonomen Sebastian Dullien zu TTIP

Freiburg. Heute beginnt eine neue Verhandlungsrunde zum umstrittenen Freihandelsabkommen TTIP. Am Samstag demonstrieren Tausende gegen die Vereinbarung. Der Berliner Ökonom Sebastian Dullien fordert ein TTIP light. Mit ihm sprach Christian Mihatsch.

BZ: Herr Dullien, Sie fordern einen Neustart bei den TTIP-Verhandlungen. Warum ist das nötig?

Dullien: Die EU-Kommission ist damit gescheitert, TTIP der Bevölkerung zu verkaufen. In Deutschland und Europa wächst der Widerstand gegen TTIP. Insbesondere die Idee, den Investorenschutz und die Schiedsgerichte über TTIP einzuführen, ist schwierig. Das hat die Öffentlichkeit gemerkt. Den Leuten das wieder auszureden, ist mit einer PR-Kampagne kaum noch möglich. Um TTIP zu retten, muss man den Investorenschutz rauswerfen. Dazu braucht man einen Neustart.

BZ: Warum ist der Investorenschutz so problematisch?

Dullien: Die Liste der Kritik ist lang. Die Schiedsgerichte sind intransparent. Es gibt keine Rechtsgrundlage, was Staaten machen dürfen und was nicht. Oft zweifelt man an der Unabhängigkeit der Schiedsgerichte, weil da Anwälte drin sitzen, die bereits die Firmen vertreten haben, um die es gerade geht. Außerdem werden einheimische Unternehmen benachteiligt: Wenn eine einheimische und eine ausländische Firma unter die gleiche Regulierung fallen, dann muss die einheimische Firma den inländischen Gerichtsweg gehen, während die ausländische Firma über Schiedsgerichte gehen kann. Das addiert sich so. Dabei haben die Schiedsgerichte keinen nachweisbaren Nutzen: Die UN-Welthandels- und Entwicklungs-

konferenz UNCTAD hat gezeigt, dass es keine nachweisbaren positiven Effekte auf die ausländischen Direktinvestitionen gibt.

BZ: Warum sind ausgerechnet die Deutschen gegen TTIP?

Dullien: Deutschland würde mit am meisten von TTIP profitieren. Wenn es ein reines Freihandelsabkommen über Zölle gewesen wäre, dann hätte in Deutschland auch kein Hahn danach gekräht. Die Deutschen sind wegen der Schiedsgerichte kritisch. Das hat zwei Hintergründe. Beim NSA-Skandal haben die Deutschen gesehen, dass deutsche und amerikanische Interessen nicht immer deckungsgleich sind.

Außerdem reagieren die Deutschen sensibel, wenn man die Autonomie der Kommunen, der Länder oder auch des Bundes angreifen möchte. Die Schiedsgerichte nähren diese Ängste insbesondere, da in den letzten Jahren zwei große Fälle gelaufen sind. Einmal mit dem Kohlekraftwerk Moorburg in Hamburg, wo die neue Landesregierung die Standards erhöht hat und Vattenfall dann auf Schadenersatz geklagt hat. Der zweite Fall ist der Atomausstieg, wo ebenfalls Vattenfall vor einem Schiedsgericht mehrere Milliarden an Kompensationen fordert. Das sind Fälle, wo der Durchschnittsdeutsche sagt: Das darf die Politik machen, und es kann nicht sein, dass Unternehmen in solchen Fällen klagen und damit die Politik blockieren können.

BZ: Warum sind die Schiedsgerichte für die USA so wichtig?

Dullien: Zum einen haben die Amerikaner eine ganze Reihe von Großkonzernen, die international tätig sind. Die haben ein Interesse im Ausland ihre Interessen durchzusetzen. Zum anderen geht es den USA auch darum, einen Präzedenzfall im Hinblick auf China zu schaffen. China hat sich immer geweigert, von den USA geforderte Kompetenzen für Schiedsgerichte zu akzeptieren, und die USA hoffen, ihre Verhandlungsmacht zu erhöhen. Sie fordern aber nicht nur die Schiedsgerichte aus TTIP rauszunehmen, sondern schlagen eine noch weitergehende „Verschlankung“ von TTIP vor. Wir wollen die Dinge drin haben, die man schnell regeln kann. Das sind die Zölle und einige Standards etwa im Autosektor. Da sieht ein-



Protestaktion gegen TTIP in Augsburg: Gegner befürchten wegen des Abkommens geringere Tier- und Verbraucherschutzstandards. FOTO: DPA

fach der Blinker anders aus, oder da muss der Crashtest zweimal gemacht werden. Das kann man schnell abhaken. Aber Bereiche, wo es vollständig andere Regulierungsphilosophien gibt wie bei Chemikalien, sollte man vorerst weglassen.

In Europa gilt im Chemiebereich das Vorsichtsprinzip. Wenn nicht nachgewiesen ist, dass etwas unschädlich ist, dann darf man das nicht auf den Markt bringen. Die Amerikaner sind da weniger strikt. Das liegt aber auch am amerikanischen Haftungsrecht. Wenn eine amerikanische Firma ein schädliches Produkt auf den Markt bringt, dann muss sie richtig viel zahlen. Das zeigt, dass man nicht Regulierungen von einem Land ins andere übernehmen kann, ohne sich die anderen ge-

setzlichen Regelungen anzugucken.

BZ: Sie möchten, dass TTIP ein lebendes Abkommen wird. Was meinen Sie?

Dullien: Bei einem lebenden Abkommen werden Verfahren definiert, wie Standards in der Zukunft harmonisiert werden können. Diese Verfahren müssten natürlich einer demokratischen Kontrolle unterliegen. Aber mit diesen Verfahren könnte man auch eine Harmonisierung in den anderen Bereichen vorantreiben. Das würde erlauben, dass man TTIP schnell abschließt, möglichst vor den Präsidentschaftswahlen in den USA.

Sebastian Dullien, 39, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin.

INFO

DEMOS GEGEN TTIP

In Deutschland und anderen europäischen Staaten haben zehntausende Demonstranten gegen das geplante EU-Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) protestiert. Allein in Deutschland nahmen am Samstag bei mehr als 230 Veranstaltungen mehrere zehntausend Menschen teil, wie das globalisierungs-

kritische Netzwerk Attac mitteilte. In München waren es etwa 23 000 Menschen, in Freiburg gab es rund 300 Demonstranten. Die europäische Bürgerinitiative „Stop TTIP“ hat in Deutschland eine Million Unterschriften gesammelt.

Mehr zur **Freiburger Demo** unter <http://mehr.bz/demos>



Sebastian Dullien FOTO: BZ

Billig telefonieren

ORTSGESPRÄCHE Montag-Freitag

Zeit	Anbieter	Kennzahl	Ct./Min.
0-7	Arcor Tele2	01070	0,17
		01013	0,71
7-19	tellmio Star79	01038	1,81
		01079	1,84
19-24	Arcor Tele2	01070	0,67
		01013	0,71

FERNGESPRÄCHE Montag-Freitag

Zeit	Anbieter	Kennzahl	Ct./Min.
0-7	Arcor Tele2	01070	0,23
		01013	0,48
7-18	01098 Tellina	01098	1,01
		01041	1,02
18-19	01098 010011	01098	1,01
		010011	1,09
19-24	Arcor Tele2	01070	0,47
		01013	0,48

ZUM HANDY Montag-Sonntag

Zeit	Anbieter	Kennzahl	Ct./Min.
0-24	01032 010011	01032	1,89
		010011	1,99

Da der Anrufer die Handynummer nicht mehr dem Netz zuordnen kann, sind die Anbieter so gewöhnt, dass er im günstigsten Fall weniger, aber auf keinen Fall mehr bezahlt.

* In der Tabelle sind nur Anbieter berücksichtigt, deren Netzkapazitäten nicht ständig überlastet sind und deren Preisgestaltung einigermaßen transparent und verlässlich ist.

Alle Angaben ohne Gewähr!

QUELLE: BZ/SACHS STAND 17. 4. 2015 BZ-GRAFIK

Schäuble fühlt sich von Obama bestärkt

Nach Ansicht des Bundesfinanzministers verlangt auch der US-Präsident Reformen von Athen

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN
ROLAND PICHLER

WASHINGTON. Der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi hält größere Anstrengungen für notwendig, um den politischen Dialog zwischen Griechenland und den Geldgebern wiederherzustellen. „Es ist dringend“, sagte Draghi bei der Frühjahrstagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank. Es liege an Griechenland, ob es eine Lösung gibt.

Am Wochenende trafen sich in Paris Experten von EZB, EU und IWF mit griechischen Regierungsvertretern, um die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Zunächst gehe es um technische Fragen. Ein hochrangiger IWF-Mitarbeiter sagte, es sei mit keiner schnellen Lösung zu rechnen. Die Verhandlungen würden selbst bei positivem Verlauf Wochen dauern.

Draghi betonte, es müsse Klarheit herrschen, worüber man rede. Die Geldgeber seien offen für griechische Vorschläge, welche Reformen gewählt werden. Wichtig sei aber, dass der finanzielle Rahmen beachtet werde. Auch US-Präsident Barack Obama hat sich in die Diskussion eingeschaltet. Er sagte, dass Griechen-

land harte Entscheidungen treffen und sein Finanz- und Steuersystem sowie die Verwaltung reformieren müsse. Finanzminister Wolfgang Schäuble bewertete dies als Unterstützung der Position der Eurogruppe. „US-Präsident Obama hat Griechenland aufgefordert, das zu tun, was wir auch sagen“, erklärte Schäuble.

Nach griechischen Medienberichten bemüht sich Athen offenbar, Geldquellen in China und Russland zu finden, um den finanziellen Engpass zu überbrücken. Den Spekulationen zufolge soll die chinesische Regierung bereit sein, bis zu zehn Milliarden Euro als Vorauszahlung für die Nutzung des Hafens von Piräus und den Einstieg bei der griechischen Eisenbahn zu bezahlen. Außerdem soll Russland signalisiert haben, drei bis fünf Milliarden Euro als künftige Transitgebühren für die geplante Erdgaspipeline Turkish Stream bereits jetzt zur Verfügung zu stellen.

Der Kreml dementierte aber, dass Russland sofort Geld anbiete. Im russischen Haushalt sind keine Zahlungen eingeplant. Finanzminister Schäuble sagte zu den Gerüchten, dass er hoffe, es sei etwas Gutes für Athen: „Was immer Griechenland hilft, ist doch schön.“ Der Minister zweifelte aber daran, ob einmalige Geldspritzen an der Lage etwas änderten.

Bundesbankchef Jens Weidmann, der in der Vergangenheit die lockere Geldpolitik kritisierte, sieht inzwischen beim IWF einen Sinneswandel. „Die Geldpolitik ist nach der Wahrnehmung des IWF an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gekommen“, sagte Weidmann. Es herrsche Einigkeit, dass die Risiken gestiegen seien. Das moderate Wachstum der Weltwirtschaft sei auch darauf zurückzuführen, dass sich die Politik zu sehr auf die Notenbanken verlasse. „Das niedrige Wachstum kann nicht überraschen, wenn die Geldpolitik liefert und Strukturreformen ausbleiben“, sagte Weidmann.

Im Abschlusskommuniqué der IWF-Tagung heißt es, die Niedrigzinspolitik solle fortgesetzt werden, wenn dies notwendig sei. Es müssten aber die Risiken für die Finanzstabilität aufmerksam beobachtet werden. Der IWF sieht die Gefahr, dass die Niedrigzinspolitik zu Spekulationsblasen an den Finanzmärkten führt. Der IWF weist zwar daraufhin, dass die Niedrigzinspolitik zur Erholung der Länder beitrage. Für Lebensversicherungen könnten aber Gefahren entstehen. Die Lebensversicherer haben in der Vergangenheit hohe Zinsversprechen gegeben, können die Gelder der Sparer aber derzeit nur zu extrem niedrigen Zinsen anlegen.

Streik bei der Postbank

94,8 Prozent bei Urabstimmung für Arbeitsniederlegung

BONN (dpa/BZ). Im festgefahrenen Tarifkonflikt bei der Postbank steht ein flächendeckender Streik bevor. Wie die Gewerkschaft Verdi am Sonntag mitteilte, haben 94,8 Prozent ihrer Mitglieder in der Urabstimmung für einen unbefristeten Streik gestimmt. Die Abstimmung war Ende März angelaufen.

Der unbefristete Streik werde deutlichere Auswirkungen haben als die Warnstreiks, betonte Verdi. Die Streiks starten am Montag in Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt sowie in Teilen Thüringens. In den darauffolgenden Tagen sollen die Streiks nach und nach auf ganz Deutschland ausgeweitet werden.

Hintergrund des Konflikts sind die unklaren Perspektiven bei der Tochtergesellschaft der Deutschen Bank. Spekulationen über einen möglichen Verkauf oder Teilverkauf haben Befürchtungen über einen Stellenabbau ausgelöst. Verdi fordert deshalb für die über 9000 Mitarbeiter eine Verlängerung des Kündigungsschutzes bis 2020. Das lehnt der Arbeitgeber ab. Die britische Zeitung *Financial Times* schrieb, die Deutsche Bank wolle sich auf jeden Fall von der Postbank trennen. Beide neuen Strategien für die Deutsche Bank, die diskutiert werden, beinhaltet einen Verkauf der Postbank.

Ende eines Steuertricks

Finanzminister will Schlupfloch schließen

BERLIN (dpa). Das Bundesfinanzministerium will ein Steuerschlupfloch schließen, durch das dem Staat hohe Summen an Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag entgehen. Das Ministerium will einen Entwurf des Investmentsteuergesetzes vorlegen, in dem es ausländischen Staats-, Investment- und Hedgefonds sowie anderen Großanlegern erschwert werde, sich durch Tricks von ihrer Steuerpflicht zu befreien. Laut *Wirtschaftswoche* geht es um jährlich fünf bis sechs Milliarden Euro, die dem Staat entgehen.

Ausländische Anleger übertragen derzeit ihre Aktienanteile unmittelbar vor dem Dividendenstichtag auf einen deutschen Investmentfonds. Der kassiere anders als der ausländische Anleger die Dividenden steuerfrei. Die ausländischen Investoren müssten 25 Prozent Kapitalertragsteuer plus Solidaritätszuschlag zahlen. Unmittelbar nach der Dividendenzahlung gingen die Aktien an den eigentlichen Besitzer zurück. Die Dividende samt eingesparter Steuer würden geteilt.

KURZ GEMELDET

Marke Schlör bleibt

Die bekannte Fruchtsaftmarke Schlör aus Radolfzell gibt es weiter. Die neue Schlör Bodensee-Fruchtsaft GmbH & Co. KG setzt den Betrieb fort, teilte Geschäftsführer Klaus Widemann mit. Die Schlör Bodensee Fruchtsaft AG hatte Ende Oktober vergangenen Jahres Insolvenzantrag gestellt. *bkr*

Mehr Geld

Die rund 19 000 Beschäftigten im Fleischerhandwerk erhalten im Südwesten von Mai an mehr Geld. Fleischer, Metzger und Verkäufer im Fleischerhandwerk bekommen für die kommenden 15 Monate drei Prozent mehr Lohn, wie die Gewerkschaft Nahrung-Gewuss-Gaststätten mitteilte. Die Vergütung der Auszubildenden soll sogar um 3,7 bis 3,75 Prozent steigen. Die Fleischerbranche hatte in der Vergangenheit enorme Schwierigkeiten, Nachwuchs zu finden. *dpa*